

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: W. G. Schmidt, Dresden
Herausgeber: W. G. Schmidt, Dresden
Redaktion: W. G. Schmidt, Dresden

Verlagsgesellschaft des Dresdner Nachrichten
Verlag: W. G. Schmidt, Dresden
Herausgeber: W. G. Schmidt, Dresden

Druck: W. G. Schmidt, Dresden
Herausgeber: W. G. Schmidt, Dresden

Zuspikung im Berliner Lohnkampf

Schiedspruch im Verkehrsstreit - Gewerkschaften lehnen ab - Verbindlichkeitsklärung

Die Reichsregierung greift ein

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 3. Nov. Die Lage des Berliner Verkehrsstreiks hat sich im Laufe des Donnerstag nicht geändert. Die auf einzelnen Linien eingeleiteten Wagen, die unter polizeilichem Schutz ohne weitere Zwischenfälle verkehren konnten, wurden beim Einbruch der Dunkelheit wieder aus dem Verkehr gezogen, so daß ungefähr ab 5 Uhr nachmittags die Stationen des einzigen Berliner Massenbeförderungsmittels war und dementsprechend erneut einen wahrhaft ungeheuren Massenansturm zu bewältigen hatte. Daneben wanderten wieder Zehntausende zu Fuß von den Arbeitstätten nach Hause. Uebrigens ist durch den Streik der Berliner Verkehrsgesellschaft auch die Paketbeförderung der Reichspost, soweit sie in Berlin durch besondere Straßenbahnzüge erfolgt, in Mitleidenschaft gezogen worden.
Die Verhandlungen die zur Beilegung des Streiks vor dem Schlichtungsausschuss stattfanden, führten zu keiner Verständigung. Nach zweitägiger Verhandlung wurde von den Gewerkschaftsfunktionären der Vorschlag gemacht den Manteltarif auf ein Jahr zu verlängern und das Lohnabkommen unverändert bis zum 28. Februar 1933 zu befristen. Von den Vertretern der VVO, die vorher betont hatten, daß der Preisbetrag der Gesellschaft 8 bis 9 Millionen Mark betrage, wurde erklärt, daß eine Verlängerung des Manteltarifs auf ein Jahr unannehmbar sei. Am Donnerstagabend wurde

durch die Verbindlichkeitsklärung des Schiedsrichters nicht anders; der Streik werde fortgesetzt.

In einer Unterredung zwischen dem Polizeipräsidenten Reicher, Polizeikommandeur Oberst Posen, Regierungsdirektor Kreyßmar und den ausländischen Regierungsstellen wurde

von Regierungsseite die Ansicht vertreten, daß es sich bei dem Berliner Verkehrsstreit um einen unpolitischen Streik handle, gegen den ein energisches Vorgehen gerechtfertigt sei.

In Auswirkung dieser Unterredung wurden im Laufe des Tages bereits vor mehreren VVO-Bahnhöfen Streikpöken verhaftet und der politischen Polizei angeschlossen.

52 Funktionäre der NSD. verhaftet

Berlin, 4. Nov. Im Zusammenhang mit dem wüsten Streik bei der VVO, nahm die Polizei am Donnerstagabend die Berliner Bezirksleitung der NSD.

Der Kanzler spricht am Freitag im Rundfunk

Berlin, 3. Nov. Reichskanzler v. Papen spricht am Freitag, dem 4. November, von 20 bis 20,15 Uhr im deutschen Rundfunk über alle Sender zur politischen Lage.

(Industriegruppe, Gemeinde und Verkehr) ist. Die Mitglieder dieser Gruppe befanden sich in einer Versammlung, die den Zweck hatte, einen Sympathiestreik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke anzuzetteln. Insgesamt wurden 52 Funktionäre festgenommen.

Scharfe Erklärung der NSDAP.

München, 3. November. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt zu dem Streik bei der Berliner Verkehrsgesellschaft mit: Die Nationalsozialisten lassen es nicht zu, daß unter der Regierung von Papen die Lebenshaltung deutscher Arbeiter auf ein noch tieferes Niveau herabgedrückt wird, als auf Grund einer Notverordnung, die sich anerkanntermaßen lediglich ausnahmsweise anwenden darf, ohne daß im übrigen die geringste Aussicht für eine wirkliche Aufbesserung der Wirtschaft besteht. Die Nationalsozialisten vertreten im Gegenteil den Standpunkt, daß alle weiteren Lohnkürzungen infolge der dadurch bedingten Minderung der Kaufkraft vor allem neue Schädigungen der gesamten Volkswirtschaft im Gefolge haben müssen. Demnach nehmen die Nationalsozialisten das Interesse der Gesamtheit wahr, indem sie sich direkt an dem Streik der VVO zur Verhinderung dieser wirtschaftsschädigenden Lohnkürzungen beteiligen.

Wahl-Irrtümer

Der Wahlkampf der letzten Tage vor der Entscheidung, von allen Parteien mit einem überhohen Aufgebot von Versammlungen, Reden, Plakaten, Inseraten und Flugblättern geführt, geht vor allem darum die Gleichgültigen, das politische Treibholz und die Wahlsauten aufzurütteln und an ihre staatspolitische Pflicht zu erinnern. Zweifellos wird die Wahlbeteiligung gegenüber der letzten Reichstagswahl vor drei Monaten etwas nachlassen. Fünf Wahlen in einem Jahre sind manchem Staatsbürger nun einmal des Guten zu viel. Aber auch ohne die Fäulnis der Wahlen wird es immer Gleichgültige geben, denen man mit Engeldrängen aureden könnte und die man trotzdem nicht zur Erfüllung ihrer besten Staatsbürgerpflicht zu bewegen vermöchte. Dazu treten aber immer wieder Hunderttausende, die zwar ihr Wahlrecht treu und lieber ausüben, aber ihre Stimmen trotzdem wegwerfen. Denn auch bei dieser Wahl ist die geradezu grotesk anmutende Zerplitterung der Parteivorstände wieder außerordentlich groß. Dreißig Wahlvorschläge zählt der amtliche Stimmzettel. Mindestens am wenigsten Parteivorstände haben auch nicht die letzte Aussicht, Mandate zu erlangen. Aber regelmäßig vertellen sich auf diese oft mit den feinsten Namen bedachten Gruppen einige hunderttausend Wählerstimmen, die jedesmal völlig verloren ergehen und allerdings in ein leichter Rückgang der Stimmabgaben für unkluge Splittergruppen bereits zu verzeichnen. Sie stehen sich allerdings in Zukunft nur dann vermelden, wenn durch eine Reform der einschlägigen Gesetzesbestimmungen die Einreichungsbedingungen für neue Wahlvorschläge so erschwert würden, daß nur noch ernste Vorkandidaten, hinter denen tatsächlich ein politischer Gruppenwille steht, Aussicht auf Erfolge haben. Das ist doch gerecht, daß Wahlvorschläge eingereicht werden, die von den Unternehmern lediglich als ein schlechter Scherz betrachtet werden, denen aber dann doch einige tausend Stimmen zum Opfer fielen. Es vertritt sich schlecht mit dem Ernst einer politischen Wahl, daß der amtliche Stimmzettel von solchem Mißbrauch nicht freigehalten werden kann.

Aber wichtiger als der unvermeidliche Stimmverlust durch mikroscopische Splittergruppen ist die Tatsache, daß auch eine verhältnismäßig große Parteien so stark zusammengebrochen sind, daß eine Bewertung aller Stimmen ausgeschlossen erscheint. Typische Beispiele dafür sind die Staatspartei und der Christlich-sozialer Volksdienst. Beide Gruppen haben nur noch wenig Aussicht, in einer neu gebildeten Anzahl von Wahlkreisen verbänden die erforderlichen 6000 Stimmen für ein Grundmandat zu erwerben. Nun können aber bekanntlich auf der Reichsliste nicht mehr Reststimmen für die Mandatsverteilung verwendet werden, als Grundmandate in den Wahlkreisen verbänden erobert werden. Sowohl die Christlich-sozialen wie die Staatspartei vermochten bei der Wahl vom 31. Juli nur in zwei Wahlkreisen verbänden Grundmandate zu erobern. Aber beide Parteien hatten im ganzen Reichsgebiet über 200000 Stimmen aufgebracht. Das entspricht bei einem Wahlquotienten von 6000 je sechs Reichstaatsparteien. Wenn beide Parteien nur vier Sitze, weil bei zwei Grundmandaten nur zwei Reststimmenmandate verwertet werden können, 120000 Anhänger beider Parteien sind also völlig umsonst zur Wahl gegangen. Die natürliche Folge war, daß sich vor allem in den Kreisen der Staatspartei eine Bewegung bildete die zur Wahl benachteiligt, gesinnungsverwandter Parteien aufsuchte, um Zerplitterung im Lager der Linken zu vermeiden. Leider hat man noch nichts von einer solchen Bewegung im Lager der national und evangelisch gerichteten Volksdienstes wenigstens in all den Wahlkreisen gehört, in denen für ihn keine Hoffnung besteht. Ja, der Volksdienst ist nicht einmal willens, sich an eine der größeren nationalen Parteien anzuschließen, um wenigstens auf diese Weise Stimmen- und Mandatsverluste zu vermeiden. Die Folge dieser halbtägigen Forderungenpolitik muß natürlich der Verlust all jener Wähler sein, die keine Lust verspüren, ihre Stimme zu vergeuden. Das wahlpolitische Risiko für den Volksdienst liegt nicht nur in der Überlegenheit im Wählerlager ganz erheblich und zur Gefährdung auch der letzten beiden noch einigermassen sicheren Grundmandate führen. Der Gewinner solcher Zerplitterung muß automatisch die Linke sein, weil Zerplitterungstendenzen bei ihr kaum zu spüren sind. Wenn wie erkreuzerweise bei dieser Wahl, wie bereits bei der

folgender Schiedspruch lautet:

Die Vöhen werden für alle Kategorien mit Ausnahme der Fahrkartenausgaben um 2 Pf. gekürzt. Das Lohnabkommen gilt bis 31. Dezember 1932 mit vierwöchentlicher Kündigung. Der Manteltarif wird bis 31. März 1933 verlängert. Er ist sechs Wochen vorher kündbar und gilt im übrigen, falls keine Kündigung eintritt, für ein weiteres Jahr.

Trotzdem Fortsetzung des Streiks?

Berlin, 3. Nov. Von einer Stelle, die sich als zentrale Streikleitung der Verkehrsbetriebe bezeichnet, wurde gegen Mitternacht den Reaktionen eine Erklärung ausgeteilt, wonach sich an den Beschlüssen der Streikleitung

Die Entscheidung über die Kontingente verlagert

Maßnahmen zur Stärkung des Getreidepreises

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 3. Nov. Ueber die agrarpolitischen Beratungen, die das Reichskabinett am Mittwoch und Donnerstag abgeschlossen hat, wird heute eine längere amtliche Mitteilung veröffentlicht, die vor allem deshalb interessant ist, weil sie, entgegen den vielfach gehegten Annahmen, noch nicht die sofortige Verkündung umfassender Kontingenzmaßnahmen enthält. Das Kabinett hat eine endgültige Entscheidung in der Frage der Kontingenzentzerrung zunächst lediglich für Winter getroffen. Was die übrigen von der Landwirtschaft geforderten Kontingenzentzerrungen anlangt, so hat das Kabinett erst einmal den eingehenden Bericht der sogenannten „Tomatenkommission“ entgegengenommen, die in zahlreichen europäischen Hauptstädten Verhandlungen darüber geführt hat, wie man die landwirtschaftliche Einfuhr aus diesen Ländern ohne schwere Schädigungen des deutschen Exports vermindern könne. Der von dieser Kommission vorgelegte umfassende Bericht, der naturgemäß auch eingehendes Material über den deutschen Export nach dem in Frage kommenden Ausland enthält, wird zunächst in Ressortberatungen geprüft werden.
Erst nach dem Abschluß dieser Ressortarbeiten will das Kabinett dann seine Entscheidung treffen, die, wie man in unterrichteten Kreisen hört, erst im Laufe der nächsten Woche zu erwarten sein dürfte.
Der zweite wesentliche Punkt, den das amtliche Kommuniqué behandelt, bezieht sich auf die Stärkung der Getreidepreise. Hier können naturgemäß, um der Getreideproduktion keine Anreize zu geben, Angaben über die Höhe der Getreidemenge, die die Reichsregierung aufzukaufen beabsichtigt, nicht gemacht werden. Es ist jedoch anzunehmen, daß bei der sehr guten Getreideernte dieses Jahres die aufzukaufende Menge im Vergleich zu

heftlich sein wird. Rein technisch wird die Stützungsaktion in dem Rahmen vorgenommen werden, der bisher üblich war. Die amtliche Mitteilung hebt hervor, daß eine Stärkung der Getreidepreise vor allem auch notwendig ist, um einen Zusammenbruch der Hilfsaktionen für den Osten zu vermeiden und die Gefährdung der bisher für den Osten angewendeten Mittel und die dadurch bedingten unübersehbaren Folgen für alle Wirtschaftszweige des ganzen Reichsgebietes zu verhindern.

Das südslowakische Kabinett zurückgetreten

Belgrad, 3. November. Ministerpräsident Dr. Srstić übermittelte am Donnerstagabend dem König den Rücktritt des Gesamtkabinetts. An maßgebender Stelle wird erklärt, daß der Rücktritt nur durch die Gründung der neuen Regierungspartei und die Wahl des neuen Parliaments hervorgerufen worden und demnach zunächst nur formaler Natur sei.

Trendelenburg tritt sein Genfer Amt an

Genf, 3. November. Im Finanzunterauschuss für die Weltwirtschaftskonferenz wurde am Donnerstag der neue deutsche Untergeneralsekretär Trendelenburg, dem die Oberleitung über die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Völkerbundes übergeben worden ist, durch den Präsidenten des Ausschusses, Beneduce, mit herzlichsten Worten willkommen geheißen. Der Unterauschuss nahm sodann die Aussprache über die Frage der Wiederherstellung der Goldwährung auf.

Güterzug fährt in Arbeiterkolonne - 3 Tote

Hamburg, 3. November. Umwelt der Eisenbahn ist am Donnerstagnachmittag ein Güterzug in eine Arbeiterkolonne hineingefahren. Drei Arbeiter wurden getötet, zwei haben schwere Verletzungen erlitten.

Heute: **Der D.N.-Kraftfahrer**
Seite 9 und 10